

FRANKFURTER WASSER ZEITUNG

Herausgeber: Frankfurter Wasser- und Abwasser GmbH sowie Wasser- und Abwasserbetriebe und Zweckverbände in Cottbus, Elsterwerda, Guben, Herzberg, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Perleberg, Rathenow und Senftenberg

Staatssekretär Schmitz-Jersch im Gespräch
Seite 2



Ein Blick auf Frankfurts Wasserversorger
Seiten 4/5



Faszinierender Tauchgang im Roten Meer
Seite 7



Vorhaben der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA):

Mit reduzierten Invest-Mitteln die Anforderungen auch 2000 erfüllen

Auch im Jahr 2000 wird sich an der Prämisse der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA), mit Investitionsmitteln sparsam umzugehen, nichts ändern. Dabei schraubt man die Hoffnungen auf Fördermittel noch weiter nach unten. Sehr wahrscheinlich wird vom Landeshaushalt kein Geld nach Frankfurt fließen.

Insgesamt 9,3 Millionen DM (ohne Fortführungsmaßnahmen aus Investplan 1999) sind für Investitionen vorgesehen. Rund 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Den Hauptteil mit 5,2 Millionen Mark verbraucht der Trinkwasserbereich. Nicht weniger als elf Rohrnetzauswechslungen im Stadtgebiet Frankfurt und eine im Ortsteil Markendorf am Klinikum sind 2000 geplant. Auch in Biegen und Sieversdorf wird man am Rohrnetz arbeiten, um die Trinkwasserqualität überall zu sichern oder zu verbessern und zugleich Probleme mit dem Wasserdruck bei der Einspeisung zu beheben. In das Planungsstadium tritt man bei der Vorbereitung der Trinkwasserversorgung Müllrose, OT Kaisermühl.



Wer errät bei diesem Anblick schon, dass es sich um Schönungssteiche der Kläranlage handelt?

Steuerung und Spannungsumstellung auf 20 kV sind die Schlagworte im Investplan 2000 unter der Rubrik Wasserwerk Briesen.

Größtes Objekt der gut 2,5 Millionen DM für Sanierung der Entwässerungsleitungen wird im Einzugsbereich Große Müllroser Straße ein unterirdi-

ches Speicherbecken mit einer Kapazität von etwa 800 m³ werden und das daran gekoppelte so genannte Abwurfbauwerk. Dieses trennt bei starken Regen Schmutz- und Regenwasser und entlastet so die Kläranlage.

Als Vorbereitung auf die Entwicklung des südöstlichen Stadtzentrums wer-

den mit dem geplanten Deich- und Straßenbau parallel zur Fischerstraße Schmutzwasserleitungen verlegt.

Vorrangiges Ziel der vorgesehenen weiteren Maßnahmen ist die Erhöhung der Entsorgungssicherheit und schließt die Sanierung von Kanalleitungen ein.

KURZ & KNAPP

FRANKFURT (ODER)

Neuer Service – FWZ als Kundenzeitung

Die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA) wird beginnend mit dieser Ausgabe mit einem Informationsprojekt – die „Frankfurter Wasser Zeitung“ – über 30.000 Haushalte und zudem Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen im Ver- und Entsorgungsgebiet quartalsweise aus erster Hand informieren.

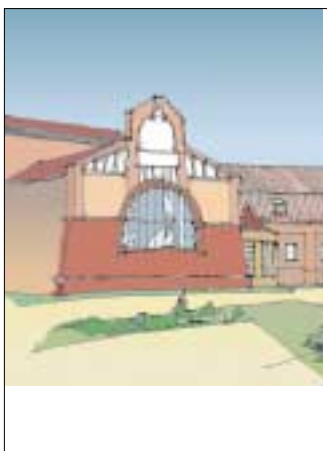
Gleichzeitig verstehen wir diese Zeitung auch als „Runden Tisch“ für Gespräche und Kontakte. Wir freuen uns auf Ihre Hinweise und Meinungen und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.
Geschäftsführer Betriebsrat

Erneut Bauarbeiten am Bruno-Peters-Berg

Häufige Rohrbrüche im Gebiet Bruno-Peters-Berg machen eine Auswechslung der dortigen Trinkwasserleitung dringen notwendig. Leider konnten trotz Bemühungen seitens der FWA die Arbeiten, die bis Mitte Mai andauern werden, nicht bereits beim Bau der Tiefgarage mit ausgeführt werden. Für die bereits jetzt absehbare komplizierte Situation für alle Anwohner bittet die FWA um Verständnis.

FRANKFURTER SPLITTER Lenné-Passage kurz vor der Eröffnung

Am 31. März erhält Frankfurt eine neue Einkaufsadresse – die Lenné-Passage. Für jeden Geschmack und Geldbeutel wird dort Einkaufen möglich werden. In der Passage werden nicht nur Einzelhandelsgeschäfte, sondern auch Deutsche Bank und die Stadtwerke ihre Dienstleistungen anbieten. Der 150-Millionen-Bau der Otremba-Unternehmensgruppe dürfte aber nicht nur Einkaufsfreuden auslösen. Nicht auszuschließen ist, besonders in den ersten Tagen, „dicker Verkehr“ in unmittelbarer Umgebung.



FWA auch in diesem Jahr auf Baumesse dabei

BAUEN 2000 ist der Titel der Messe für Bau, Haus und Wohnung, die vom 23. bis 26. März 2000 in der neuen Frankfurter Messehalle stattfinden wird.

Mit eigenem Stand (Nr. 316) vertreten ist auch die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA). Die Stand-Mitarbeiter beraten die Besucher u. a. zu den Themen Anschlüsse für Trink- und Abwasser, Besonderheiten bei der Hausinstallation oder zum Einbau zusätzlicher Messeinrichtungen. Natürlich wer-



den auch Fragen zum allgemeinen Abrechnungsmodus, oder den Kosten für die Versorgung mit Trinkwasser während der Bauzeit ausführlich be-

antwortet. Die FWA-Mitarbeiter freuen sich auf Ihren Besuch.

Öffnungszeiten: 10.00 bis 18.00 Uhr, am 23.03. 14.00 bis 19.00 Uhr.

RECHTSECKE

„Stabilisierungsgesetz“ ist rechtskonform

Es hätte ein Schicksalstag werden können. Doch die Richter am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg wiesen die Klage dreier Gemeinden gegen einzelne Punkte des so genannten Stabilisierungsgesetzes am 20. Januar 2000 ab. Wäre eine Demontage dieses Gesetzes durch die Verfassungswidrigkeit einzelner Punkte passiert, hätte das verheerende Folgen für die Versorger und Entsorger im Land gehabt. Die bereits ohnehin angespannte Situation wäre wohl völlig aus dem Ruder gelaufen. Insofern zeigten sich nicht nur viele Verbände erleichtert, sondern auch die Landesregierung, die nun ihrerseits bis Ende des Jahres die notwendigen Feststellungsbescheide komplett herauschicken will. Dann herrscht überall Klarheit im Land Brandenburg über Gründungszeitpunkt, Satzung und Mitglieder der Zweckverbände.

In der Begründung sagte Gerichtspräsident Peter Macke, dass in dem Gesetz durchaus ein erheblicher Eingriff in die Organisationshoheit der Gemeinden zu sehen ist. Doch die Grenzen des nach der Landesverfassung Zulässigen seien nicht überschritten.

„Parallel zur rechtlichen Stabilisierung kann nun mit aller Kraft die Sanierung der finanziell angeschlagenen Aufgabenträger im Abwasserbereich im Rahmen des Schuldenmanagements fortgeführt werden“, heißt es aus dem Ministerium des Inneren.

UMSCHAU

Digitales Wasserbuch

Als erstes Bundesland hat Sachsen Erfahrungen mit einem digitalen Wasserbuch gemacht. Vorteil einer solchen Form: Eine schnellere Planung durch die Behörden und unkomplizierte Einsichtnahme bei der Beantragung von Wasserrechten oder der Bebauung eines Wassergrundstückes.

Noch steht man allerdings erst am Anfang. Insofern wird es noch geraume Zeit brauchen, bis ein vollständiger Überblick über die 13 sächsischen Flussgebiete sowie die Wasserrechte an Flüssen oder sonstigen Gewässern vorliegt. Bereits jetzt kann aber das Buch bei den Regierungspräsidien und Landratsämtern eingesehen werden. Interessant dürfte es auch für Wassersportler und Angler sein, die sich eine Übersicht über die Nutzung bestimmter Gewässer verschaffen wollen.

Das Geld fehlt, um mehr tun zu können

Bürger und Zweckverbände erwarten offensichtlich zu viel vom Umweltministerium. Staatssekretär Friedhelm Schmitz-Jersch gibt einen Abriss der künftigen Strategie.

Seit Oktober 1999 gehört in Brandenburg der Bereich Abwasser wieder dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung an. Staatssekretär Friedhelm Schmitz-Jersch steht der Wasser Zeitung zu dem brisanten Thema Rede und Antwort.

Herr Staatssekretär, wäre der Wechsel der Verantwortlichkeiten nicht eine gute Chance zum Richtungswechsel in der Abwasser-Thematik?

Für einen Richtungswechsel sehe ich keinen Anlass. Das Thema Abwasser war im übrigen auch in der Vergangenheit beim Umweltministerium; die Verantwortung hat nur hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Probleme der Entsorgungsträger gewechselt.

Im Innenministerium wurde in der vergangenen Legislaturperiode verantwortungsvoll ein Schuldenmanagement-System erarbeitet. Anfang 1999 ist es richtig zum Tragen gekommen – und zeigt Erfolg. Die Zahl der Zweckverbände in wirtschaftlich schwierigster Lage konnte von 27 auf 19 reduziert werden. Die Darlehenssumme aller Verbände nahm von 2,78 Milliarden DM auf 2,57 Milliarden DM ab. Unsere Aufgabe ist es doch, Sicherheit und Stabilität in den Prozess zu bringen und nicht ständig neue Wege auszuprobieren.

Wem wird Hilfe zuteil?

Wir legen den Schwerpunkt der Arbeit auf die immer noch mehr als 40 Verbände der Kategorie A und B, also jene in schwierigster und schwieriger wirtschaftlicher Lage. Die Hilfe wird von einer sorgfältigen Bestandsaufnahme abhängig gemacht. Erfolgversprechende Zeit- und Maßnahmepläne sind Voraussetzungen für die

Unterstützung durch unser Ministerium. Und natürlich, dass der Aufgabenträger diese akzeptiert und umsetzt. Trotz aller Sparzwänge sind im Haushalt 2000 und 2001 jeweils 38 Millionen Mark vorgesehen, um die Verbände auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilität zu unterstützen. Auch die allgemeinen Fördermittel für Investitionen im Abwasserbereich können – zum Beispiel durch Erhöhung des Anschlussgrades – zu einer wirtschaftlich verbesserten Situation beitragen. Dennoch reicht das

„Unsere Mittel müssen wir auf die schwierigsten Fälle konzentrieren“

natürlich nicht, um alle Erwartungen zu erfüllen. Unsere beschränkten Mittel müssen wir demzufolge auf die schwierigsten Fälle konzentrieren, um dort keine ausweglose Situation entstehen zu lassen.

Wären zur Stabilisierung nicht

auch wirtschaftlich größere Einheiten sinnvoll und Garant für den zweckmäßigen Einsatz der Mittel?

Eine Fusion zu größeren, leistungsfähigeren Verbänden ist ausdrücklich erwünscht. Das Ministerium wird dabei beratend tätig. Das betrifft besonders die rechtlichen Voraussetzungen, beispielsweise dass ein Verband das Management bzw. die Betriebsführung übernimmt oder

der schwächere Verband für eine Übergangszeit ein eigenes Tarifgebiet bildet, um die Belastung für den oder die Partner zu reduzieren. Allerdings kann das alles nur auf freiwilliger Basis erreicht werden. Das Ministerium kann über das Schuldenmanagement versuchen, mit finanziellen Anreizen diesen Prozess zu befördern. Zum Beispiel die pauschale Erstattung der Verwaltungskosten für die Fusion und die Unterstützung des schwächeren Verbandes im Rahmen unserer Möglichkeiten, um ihn für den stärkeren, vorerst nicht fusionswilligen Verband, attraktiver zu machen.

Möglichkeiten, Verbände und Bürger zu entlasten, wäre auch der Verzicht auf Belastungen wie

Wassernutzungsentgelt oder die Übernahme der Entschädigung der Landwirte für Nutzungseinschränkungen in Wasserschutzzonen. Warum passiert das nicht?

Das Wassernutzungsentgelt wird im Landeshaushalt für Aufgaben der Wasserwirtschaft benötigt; ein Aussetzen ist nicht möglich. Es hat auch eine sehr vernünftige ökologische Steuerungsfunktion.

Natürlich wissen wir aus den Gesprächen mit den Zweckverbänden

„Bisher haben private Lösungen ihre Bewährungsprobe nicht bestanden“

und ihren Gremien, die für uns wichtige Partner sind, dass diese sich für jede Form der Entlastung einsetzen. Wir müssen aber die Gesamtinteressen beachten.

Auch bei der Abwasserentsorgung stehen private Unternehmen bereit, um hier einzusteigen. Wird sich der Bürger darauf einstellen können?

Bisher haben private Lösungen ihre Bewährungsprobe nicht bestanden, dass sie wirtschaftlich und ökologisch grundsätzlich bessere Organisationsformen darstellen. Dennoch schließen wir privatrechtliche Aufgabenerledigung mittelfristig nicht aus. Wir wollen die kommunalen Aufgabenträger befähigen, ihre Arbeit im Interesse der Bürger zu verrichten. Oberste Ziele dabei: wasserwirtschaftlich vernünftiges Agieren und die Belastung der Bürger absenken.



EDITORIAL

Es wird heftig diskutiert unter den Trinkwasserver- und Abwasserentsorgern im Land Brandenburg: die so genannte Liberalisierung und Privatisierung sind der Anlass. Angesichts der Strategien von Vivendi, RWE & Co. dürften die hiesigen Zweckverbände aber ruhiger treten, es sei denn, die Kämmerer wollten Tafelsilber verscherbeln. Schließlich suchen die Großen der Branche nach Gewinn und Reputation. Gerade letzteres ist gefragt, wollen deutsche Wasserunternehmen im Ausland Aufträge akquirieren.

Dennoch sollte die vorhandene Aufbruchsstimmung nicht ungenutzt bleiben. Höhere Effektivität bringt je-

Selbstlauf ist eher kein Lauf

den Zweckverband seinen Bürgern und Kunden näher, steigert das doch die Chancen auf günstige Gebühren. Insofern kann das Thema Privatisierung Anregungen für eigene Bemühungen bringen. Fusion, Kooperation oder gemeinsame Betriebsführung sind demzufolge Überlegungen wert. Doch was tun, wenn der Nachbarverband mehr darbt als man selbst? Die Landesregierung oder konkret das Umweltministerium haben dafür kein Patentrezept. Sie begrüßen zwar ein Zusammengehen, aber Fehlzanzeige beim Hoffen auf eine Mitgift. Das Land ist

nicht bereit und nicht in der Lage, finanziell – ähnlich wie in Sachsen – unter die Arme zu greifen. Ohne dem wird sich aber kein Verband neue Lasten aufbürden. Also wartet man ab und stellt Initiativen ein. Dabei wären besonders kleinere Verbände Adressat solcher Vorhaben. Nicht wenige von ihnen sind allerdings gar nicht interessiert. Besonders jene ohne Investitionen heben hervor, wie günstig sie doch beliefern oder entsorgen. Doch ihre Haltung kann sich als schädlich erweisen. Nämlich dann, wenn die günstigen Verträge

auslaufen. Aber es sind nicht nur finanzielle Themen, die zögern lassen. Nicht selten wiegen bestimmte Befindlichkeiten noch viel schwerer. Wer räumt schon gern seinen Stuhl? Doch will man im künftigen Kräfte-messen bestehen und den Bürgern keine Kostenspirale zumuten, dann bleiben nur wirtschaftlich sinnvolle Einheiten. Vielleicht heißt das gar: vorwärts in die Vergangenheit. Schließlich wurden nach 1990 die existierenden Großverbände der Bezirke in viele kleine Teile zerstückelt. Große Verbände sind sicherlich kein Allheilmittel, doch ein Anfang zu mehr Effektivität allemal.

Klaus-Uwe Barthel

Für das Regenwasser bezahlen?

Die Sache mit der Niederschlagswassergebühr – eine beispielhafte Klärung

Die Niederschlagswassergebühr wird in der Satzung der jeweiligen Zweckverbände oder Kommunen festgeschrieben. Durch die ebenfalls verwendeten landläufigen Begriffe Regenwassergebühr oder Niederschlagswasserentgelt läuft man Gefahr, den Überblick zu verlieren. Doch in allen Fällen sind es nur unterschiedliche Begriffe für den gleichen Sachverhalt. Der betrifft Niederschlagswasser von bebauten oder befestigten Flächen (also Wege und Straßen), das nicht versickern kann und demzufolge in das öffentliche Kanalnetz fließt. Für die Ableitung und Reinigung wird von den Eigentümern der Grundstücke eine Gebühr erhoben, die den Kosten der erbrachten Leistungen entspricht. Sie wird nach einer regional unterschiedlichen Formel berechnet – baut jedoch stets auf der bebauten oder befestigten Fläche des Grundstücks auf. In der Regel werden regionale Niederschlagsmenge

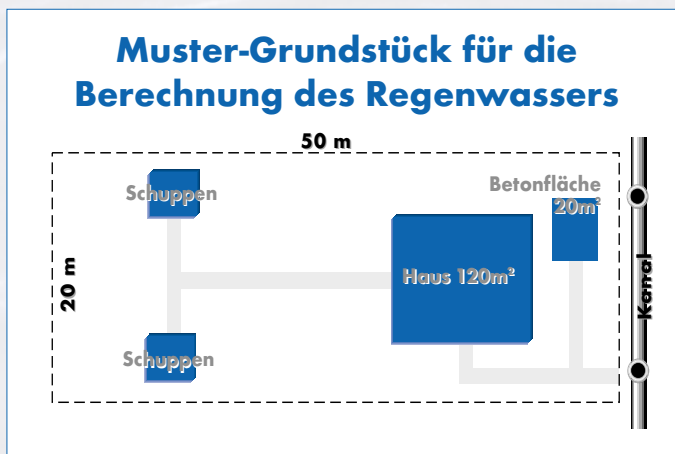
(repräsentativer Mittelwert), die Fläche des Grundstücks und die so genannten Abflussbeiwerte (das Abflussverhalten von unterschiedlichen Oberflächen) einbezogen. Letztlich bestimmt jede Kommune individuell die Berechnung, so dass keine Verallgemeinerung möglich ist.

Verbleibt das Regenwasser auf dem Grundstück, beispielsweise durch ein Regenwasserauffangbecken, dann

braucht der Grundstückseigentümer dafür nicht zu bezahlen. Allerdings muss das Versickern auf dem Grundstück auch möglich sein, das Wasser darf keine Verunreinigungen aufweisen oder Grundstücke Dritter beeinträchtigen.

Ein Beispiel:

Von einem Grundstück mit 1000 m² (siehe Skizze) fließt lediglich vom



Hauptgebäude das Niederschlagswasser dem Regenwasserkanal zu. Die 120 m² Dachfläche erhalten den Abflussbeiwert 1. Zusätzlich werden die betonerte Zufahrt zur Garage (20 m² mit dem Abflussbeiwert 1) und der Weg zum Haus (10 m² Schotterdeckschicht mit Abflussbeiwert 0,4) berücksichtigt. Das ergibt 120 m² für die Dachfläche des Hauptgebäudes, 20 m² für die Garagenzufahrt und 4 m² für den Weg zum Haus. In der Summe demzufolge 144 m². Die Niederschlagsmenge wird mit 500 ml pro Jahr (Faktor also 0,5) pro m² angesetzt. Daraus ergeben sich zu berechnende 72 m³. Diese werden abschließend mit dem in der Satzung festgelegten Grundpreis multipliziert. Bei einem Wert von beispielsweise 4,00 DM/m³ wären demzufolge im Jahr 288,00 DM an Niederschlagswassergebühr fällig.

Will man diese Gebühren sparen, dann müsste man eine Niederschlagswassersammel- und Versickerungsanlage installieren. Neben dem finanziellen Aufwand für den Bau ist auch zu berücksichtigen, dass sie genehmigungspflichtig ist.

Erfahrungsaustausch bleibt erhalten

Fachlicher Erfahrungsaustausch zum Nutzen aller Beteiligten und im Interesse der Kunden der Versorgungsunternehmen kann auch unter zunehmendem Konkurrenzdruck funktionieren. Das beweisen seit 1993 die Fachkollegen der Wasser- und Abwasserversorgungsunternehmen, die durch Kommunalisierung aus der Cottbuser Wasser und Abwasser AG hervorgegangen sind. Unter der Schirmherrschaft der Deutschen Ver-



Teilnehmer des Fachtechnischen Erfahrungsaustausches

einigung für das Gas- und Wasserfach, führten sie am 27. Oktober 1999 ihren nunmehr 20. Fachtechnischen Erfahrungsaustausch Wasser durch. Die Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG als Organisator der Veranstaltung, die wechselseitig bei den teilnehmenden Unternehmen stattfindet, bilanzierte mehr als 60 Fachvorträge und ähnlich viele Kurzinformationen. Referenten und zugleich Diskussionsteilnehmer waren Vertreter von Wasserversorgungsunternehmen, von Behörden sowie Unternehmen der Region.

Fördermittel neu geordnet

Umweltministerium setzte neue Richtlinie in Kraft

Zum 1. März 2000 traten neue Förderrichtlinien zur Stärkung der Abwasserstruktur in Kraft. Zwei Merkmale fallen besonders auf: Zum einen sind die bisher getrennten Programme für öffentliche Anlagen und Kleinkläranlagen zusammengefasst. Zum anderen erhalten jetzt Kleinkläranlagen in Orten bis ca. 200 Einwohner den Status der Förderfähigkeit.

In der Summe trägt das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung damit den veränderten Bedingungen im Land Brandenburg Rechnung. Künftig soll bei Neuinvestitionen die kostengünstigste Lösung unter Beachtung aller Möglichkeiten das Rennen machen. Nicht mehr Anschluss an die öffentliche Kanalisation um jeden Preis, wie es noch Anfang der neunziger Jahre hieß, sondern gemäß der Devise: die Kosten für die Bürger so gering wie möglich halten. Damit sehen auch die Abwasserentsorgungsunternehmen, insbesondere die Zweckverbände, eine ihrer wichtigsten Forderungen der letzten Jahre aufgegriffen. Jetzt wird es möglich, der dezentralen Abwasserentsorgung,

vor allem in abgelegenen kleineren Orten und Streusiedlungen, wesentlich größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die kostengünstigste Variante herauszufinden, wird künftig Anliegen von Betreiber und Landesinstitutionen sein. Das kann auch dazu führen, dass statt einer privaten Einzelanlage einer Kleinkläranlage für mehrere Grundstück oder Siedlungsgebiete der Vorzug gegeben wird, um Kosten zu sparen. Gerade in der Förderung solcher Objekte liegt ein Schwerpunkt des Ministeriums.

Insgesamt sollen 123,5 Millionen Mark Fördermittel im Jahr 2000 ausgereicht werden. Rund 350 Einzelvorhaben stehen auf dem Programm. Zu den wenigen geförderten Großprojekten zählt im Verbreitungsgebiet der Wasser Zeitung auch die Kläranlage in Rathenow. Dass der Anlagenneubau insgesamt aber kaum noch eine Rolle spielt, spiegelt wider, dass rund 85 Prozent der vorgesehenen Fördermittel in die Kanalnetze fließen.

Die Förderrichtlinien lassen sich postalisch oder besser per Internet abrufen: http://www.brandenburg.de/land/mlur/w/b_w.htm (direkt) bzw. unter der Rubrik „Wasserwirtschaft“ bei: www.brandenburg.de/land/mlur.

Partieller Wettbewerb

Kommunale Betriebe machen sich marktfähig

Untergangsstimmung bei den Zweckverbänden? Weit gefehlt. Sie geben sich kämpferisch und haben gute Erfolgsaussichten auch im künftigen Wettbewerb, wie immer dieser auch aussehen mag, bestehen zu können. Das ist ein Fazit einer kürzlich stattgefundenen Fachtagung unter dem etwas provokanten Titel „Die Zukunft der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft“. Die von der Innovation Congress GmbH Anfang März in Heidelberg organisierte Veranstaltung führte die großen Privatunternehmen wie Vivendi oder RWE mit den kleinen und größeren kommunalen Betrieben zusammen. Beide Seiten zeigten sich in der zweitägigen Diskussion zuversichtlich, die besseren Argumente als Trumpf im Ringen um den Kunden ausspielen zu können. Den Vertretern von Zweckverbänden dürfte aber klar geworden sein, dass der Druck auf den Wasser- und Abwassermarkt zunehmen wird. Doch je nach Größe der Region und der versorgten Haushalte wird er inhaltlich sehr unterschiedlich ausfallen.

Einigkeit herrschte darüber, dass Rechtssicherheit, ökologische und wirtschaftliche Prämissen berück-

sichtigt werden müssen, um die zu erwartende Liberalisierung im Trinkwasserbereich und im gewissen Umfang auch bei der Abwasserentsorgung nicht auf den Rücken der Bürger auszutragen. Für die kommunalen Aufgabenträger erwächst daraus das Streben nach höherer Effizienz. Letztlich ist es ja ihr Anliegen, die Belastung der Bürger zu minimieren. Angesichts der Finanznöte der Kommunen besteht allerdings die Neigung, ähnlich wie in Berlin, mit der Privatisierung lediglich den Haushalt sanieren zu wollen und keine strategische Zielsetzung zu verfolgen. Eine solche Denkweise kann schnell zum Eigentor werden, wenn die vom Bürger erhofften Gebührensenkungen nicht eintreten, betonten mehrere Referenten. Bisher blieben nämlich auch die privaten Unternehmen den Beweis einer Entlastung schuldig. Dennoch ist ein weiteres Fazit zu ziehen: Der Trend zu leistungsfähigen Einheiten ist unverkennbar. Mit der Abkehr von der kommunalen Sichtweise und hin zu einer marktwirtschaftlich orientierten Arbeit sind auch Unternehmen in kommunaler Hand durchaus wettbewerbsfähig.

K.-U. B.

Wasser-Ticker

UNO befürchtet Kriege um Wasser

Die Wasserknappheit in Afrika dürfte in den nächsten 25 Jahren kritische Ausmaße annehmen. Es ist dann nicht ausgeschlossen, dass bewaffnete Konflikte daraus entstehen können. Das betrifft besonders jene Staaten, in deren Grenzgebiet Flüsse oder Seen liegen. Ziel der UNO ist es demzufolge, umgehend nach geeigneten Gegenmaßnahmen zu suchen. Das teilweise große Bevölkerungswachstum verschärft die Situation. Die größeren Städte Afrikas wie Johannesburg, Dakar und Nairobi haben bereits die Grenzen ihrer eigenen Wasserressourcen erreicht.

Die FWZ als neuer Kunden- und Informationsdienst

Sehr geehrte Kunden, Kommunikation ist in unserer schnelllebigen Zeit ein wichtiges Gut, um kurzfristig Informationen zu transportieren. Manches Problem entstand in der Vergangenheit allein daraus, dass eben nicht rechtzeitig miteinander kommuniziert wurde. Uns liegt sehr viel daran, über die wasserwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Aufgaben transparent und umfassend zu informieren. Die infrastrukturellen Anforderungen der Städte und Gemeinden werden von den Fachfrauen und -männern der FWA den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zur Entscheidungsfindung vorbereitet und vorgetragen. Fragen sind aufzuklären, auch dann, wenn sie nicht sofort beantwortet werden können. Deshalb haben wir uns einem Gemeinschaftsprojekt verschiedener Verbände/Gesellschaften der Wasserver- und Abwasserentsorgung im Land Brandenburg angeschlossen. Die Wasser Zeitung informiert schon seit Jahren in und um Elsterwerda, Herzberg, Cottbus, Senftenberg, Rathenow, im Bereich Königs-

Wusterhausen und seit kurzem auch in Perleberg, Guben und Jüterbog. Im Verbund mit den Einwohnern im Ver- und Entsorgungsgebiet der FWA werden über achthunderttausend Bürger „betreut“. Die Wasser Zeitung berichtet über die Arbeit der Wasserwirtschaft ebenso wie über fachliche Themen von Land, Bund und EU, aber auch insbesondere mit lokaler Bedeutung. Die Zeitung greift Umweltthemen auf und hält auch anderes für sie bereit. Die Redaktion des Blattes liegt bei der Spree-Press und PR-Büro GmbH mit Sitz im Ostteil Berlins. Diese Presseagentur ist eine der Erfahrensten mit kommunalwirtschaftlicher Ausrichtung in Berlin/Brandenburg. Ganz im Sinne der Zeitung haben wir für Ihre Anregungen und Hinweise stets ein offenes Ohr. Die FWA als kommunaler Dienstleister ist – im Namen und im Auftrag der Kommunen – für Sie da. Rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr. Roland Grunert (Geschäftsführer) Manfred Herbig (Betriebsratsvorsitzender)

ZAHLEN & FAKTEN

Die FWA im Überblick

	Sept. 1993	Dez. 1999
Fläche des Ver- und Entsorgungsgebietes	279 km ²	279 km ²
Einwohner des Ver- und Entsorgungsgebietes	90135	79.492
Investitionen (kumulativ ohne Anteil Altvermögen VEB WAB)	5,16 Mio DM (jeweils von 1.6.1993 an)	203 Mio DM
Trinkwasser		
Anzahl der Wasserwerke	2	1
Anschlussgrad Trinkwasser	98,4 %	99,8 %
Speichervolumen	26.800 m ³	26.620 m ³
Länge des Trinkwassernetzes	355 km	415 km
Anzahl der Druckerhöhungsanlagen	8	11
Verkaufte Menge Trinkwasser	6 Mio m ³ *	ca. 4,6 Mio m ³
Abwasser		
Anzahl der Kläranlagen	2	1
Anschlussgrad Abwasser	89,3 %	95 %
Kläranlage:	mechanisch	3-stufig
biologisch Reinigungsleistung	30 %	97 %
- max. Auslastung		99,8 %
- mittlere Auslastung		82,8 %
Länge des zentralen Abwassernetzes	275 km	434 km
Anzahl der Abwasserpumpwerke	14	80
Menge Abwasser * Folgejahr 10/93-09/94	5 Mio m ³ *	ca. 4 Mio m ³
Personal (ohne AZUBIS)	143	116
AZUBIS	7	12



Von den Kommunalvertretungen gewählte Aufsichtsratsmitglieder:

Dipl.-Kfm. Gerd Müller (Vorsitzender),	Peter Stumm,
Edmund Rost (Stellvertreter),	Dipl.-Ing. Architekt Sigrid Albeshausen,
Dipl.-Verw. Detlef Meine,	Dipl.-Ing. Wolfgang Behrens,
Assessor Stefan Sarraich,	Ing. Jörg Krahnfeld
Manfred Herbig,	

Warum und wann erfolgt ein Wasserzähler-Wechsel?

In der Eichordnung ist der Wechselzyklus für Kaltwasserzähler mit 6 Jahren festgelegt. Für Warmwasserzähler in den Wohnungen – die nicht dem Wechselzyklus durch die FWA unterliegen – gilt ein 5 Jahreszeitraum. Diese Fristen sind unabhängig von der Querschnittsgröße der Zuleitung zu dem jeweiligen Zähler. Im EDV-Abrechnungssystem der FWA werden die fälligen Wechseltermine ermittelt. Dies ist notwendig, da nur Messeinrichtungen in der Abrechnung mit dem Kunden zulässig sind, die den eichrechtlichen Vorschriften genügen. Im Gegensatz zu Messeinrichtungen anderer Medien unterliegen Wasserzähler einer größeren mechanischen Beanspruchung. Deshalb erfolgt grundsätzlich ein Wechsel im gesetzlich vorgegebenen Zeitrahmen.

So wurden im vergangenen Jahr 762 Wasserzähler gewechselt und in diesem Jahr sind ca. 1.048 Wechsel geplant.



Diese Art von Wasserzählern wird neuerdings eingebaut

Trinkwasser erwartet heute jeder ganz selbstverständlich rund um die Uhr und in bester Qualität. Dem fühlen sich auch die Mitarbeiter der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH, kurz FWA, verpflichtet.

Bereits seit 1969 bezieht Frankfurt Wasser aus einem Wasserwerk, dass außerhalb des Versorgungsgebietes liegt. Das ist jedoch die kostengünstigste Variante. Das Wasserwerk direkt in der Oderstadt wurde nach über 120-jährigem Betrieb zum 1.1.1998 stillgelegt. Bereits infolge des Oderhochwassers war es im Juni 1997 vom Netz genommen und wegen zu hoher Kosten für eine aufwendige Sanierung nicht wieder in Betrieb gesetzt worden.

Nun strömt also Trinkwasser aus dem Wasserwerk Briesen in dem 415 km langen Leitungsnetz. Über eine 17 Kilometer lange Fernleitung wird nicht nur die Stadt Frankfurt und ihre Ortsteile versorgt, sondern auch die Stadt Müllrose und die Gemeinden Sieversdorf, Biegen und Jacobsdorf zapfen ihr Nass ebenfalls aus dem Strang zwischen Briesen und Frankfurt. Ebenso



schöpft der Nachbarverband Fürstentum auf vertraglicher Basis Wasser aus dem Wasserwerk Briesen.

Das „Erbe“ aus der Vergangenheit belastet

In den letzten Jahren kamen 60 Kilometer neuer Leitungen hinzu. Ein erheblicher Teil an Investitionen wird zur

BEI HAVARIE rund um die Uhr:

Trinkwasser	(03 35) 55 86 93 35
Abwasser	(03 35) 55 86 93 35
über Funk:	01 71/7 86 36 57

Stabilisierung der Versorgungssicherheit notwendig, um Rohrnetzauswechslungen durchzuführen, Rohrbrüche vorzubeugen und Wasserverluste zu senken. Noch ist ein Ende nicht abzusehen, wengleich die Zahl der Rohrbrüche deutlich zurückgeht. Die Vernachlässigung der vergangenen Jahrzehnte und die

Investitionen für eine saubere und gesunde Umwelt im Jahr 1999

Trinkwasser

Frankfurt:

Schwerpunkte: Mehrere Rohrnetzauswechslungen so in Görlitzer Straße; Fertigstellung Bergstraße aus Plan '98, in der Perleberger Straße, Umverlegung im Mühlenweg aus Kollektor/Kellergang in den Gehweg und Bremsdorfer Straße. Neubau Betriebsgebäude FWA wegen Hochwasserschäden

Ortsteile von Frankfurt:

Markendorf-Siedlung	Auswechslung einer Trinkwasserleitung
Hohenwalde	Rohrnetzauswechslung im Ernst-Senkel-Weg zur Verbesserung der Trinkwasserqualität
Klietow	Rohrnetzauswechslung im Schönfließer Weg zur Beseitigung von Druckmangel
Biegen / Pilgramer Straße	Umverlegung einer frostgefährdeten Versorgungsleitung vom privaten Bereich in den öffentlichen Bereich
Wasserwerk Briesen	Im Zusammenhang mit der Umstellung der Stromversorgung von 110 kV auf 20 kV wurde ein neuer Baukörper notwendig; Sanierung der Steuerungsanlagen im Infiltrationspumpwerk und -becken; Herstellung 3 neuer Brunnen
HB Rosengarten	Erneuerung der Innenbeschichtung Speicher 3; Planung zur Sanierung des Speicher 1 in 2000; Erarbeitung einer kostengünstigen Lösung zur Ableitung von Sickerwasser durch 2 Schluckbrunnen anstelle von Sickerbecken, Realisierung in 2000

Schmutzwasser

Frankfurt

Ablösung Teichanlage Booßen, d. h. Überleitung des Schmutzwassers zum Klärwerk; Sanierung Mischwasserkanal Potsdamer, Gubener und Klingestraße; Sanierung Regenwasserkanal in der Görlitzer Straße; Anschluss Römerhügel für die Wohnbebauung

Markendorf-Siedlung

Schmutzwasser-Neuerlegung im Maulbeer- und Neubauernweg

Petersdorf

Abwasserseitige Ortterschließung

FWA INTERN

Zeit für andere Dinge des Lebens

Der 31. März 2000 ist für Siegfried Bartschat, Abteilungsleiter Wasser, ein wichtiger Tag. An diesem wird er in den verdienten Ruhestand wechseln. Siegfried Bartschat begann seine Tätigkeit im Februar 1959 als Maschinenschlosser im damaligen VEB (K) Wasserwirt-



Siegfried Bartschat bei der Kontrolle der Wasserförderung und -verteilung mittels Prozessleitsystem

schaft Frankfurt (Oder) im Wasserwerk. Durch Weiterbildungen konnte er als Meister für Abwasser-Verwertung und später als Ingenieur für Wasser eingesetzt werden. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist Siegfried Bartschat als Technischer Leiter bzw. später nach erfolgreichem Studium als Abteilungsleiter Produktion tätig. Seine unermüdete Tätigkeit zur Sicherung einer stabilen und effektiven Wasserversorgung in der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Umland, fand ihren Höhepunkt bei der Bewältigung des Jahrhundert-Hochwassers im Sommer 1997 und den damit verbundenen Schäden. Im Katastrophenstab Frankfurts war er ein wichtiger und geachteter Fachmann. Mit Beginn des neuen Jahrtausends endet nun seine über 40-jährige erfolgreiche Berufstätigkeit und er kann sich seinen anderen vielfältigen Interessen widmen. Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat, Mitarbeiter und Geschäftspartner der FWA danken ihm für das Engagement beim Aufbau der FWA seit 1993 und bei der Umstrukturierung der Abteilung Produktion in die Fach-Abteilungen Wasser und Abwasser sowie der stabilen Ver- und Entsorgung im FWA-Gebiet. Für die Zukunft wünschen wir ihm alles Gute und vor allem Gesundheit.

Brunnenfest zum „Tag der offenen Tür“ der FWA

Vergangenheit: 150 Jahre vor der Gründung der Stadt Frankfurt (Oder) siedelten sich die „Carthäuser Mönche“ im Bereich der Brücktorstraße/Badergasse an. Ein Zitat aus der Broschüre „15 Jahre Brunnenfeste, 1981/1998“ besagt dazu: „Der Ordensstifter BRUNO VON KÖLN gründete 1084 nahe der Stadt Chartreuse an der Isère in Frankreich den nach der Landschaft benannten Karthäuser-Orden. Das gleichzeitig dort entstandene Kloster Mutterkloster fand wegen des Rufes einer besonderen Heiligkeit sehr schnell Nachfolger – so 1334 Köln, 1342 Stettin, 1360 Erfurt, 1380 Eisenach und 1396 Rostock und Frankfurt (Oder).“

Gegenwart: Die Vereinsatzung beinhaltet die Zielstellung: „... c) die Einflüsse auf die Bewahrung der historischen Bausubstanz und d) die Initiierung sowie Unterstützung von Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Umwelt-, Wasser- und Naturschutzes.“ Hierbei wollen beide Partner die Kräfte gemeinsam bündeln. Auch Mitarbeiter der „Wasserwirtschaft“ wurden schon als Brunnenmeister gekürt: 1982 – Wilfried Kielke 1983 – Wolfgang Zarzycki 1992 – Axel Bialas **Zukunft:** Die Hauptversammlung beschloss, gemeinsam mit der FWA die folgende Veranstaltung durchzuführen:



27. Mai 2000 – ab 9.30 Uhr
„Tag der offenen Tür“ in der FWA
10.00 Uhr Namensgebung des „Neubaus“
19.00 Uhr Brunnenfest des Carthaus Vereins e.V.
– stündlich Shuttle-Verkehr zur Kläranlage –

Abwasserprobleme bleiben – Lösungen noch nicht in Sicht

Kritischer Rückblick auf eine gemeinsame Veranstaltung der AG Wasser und INFRANEU

Sie hat Tradition – diese Veranstaltung in Wildau, wo sich Fachleute aus den Wasserverbänden, aus Unternehmen und Stadtwerken mit Experten der aus den zuständigen Ministerien und Vertretern aus den Kommunen und Bürgerinitiativen treffen. Ein Treffen, organisiert von der Arbeitsgemeinschaft Wasser (AG Wasser) und INFRANEU, dem Hauptverband für den Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern.



Horst Fischer (links) ist der Geschäftsführer der AG Wasser

Wir sprachen mit Horst Fischer, dem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Brandenburgische-Berliner Wasserversorgungs- und Abwasserunternehmens e.V.

der Bewältigung der Abwasserproblematik im Land Brandenburg.

Wo lagen diesmal die Schwerpunkte?

Ich sehe hier vor allem vier Themen, die im Mittelpunkt standen: Einmal die Beiträge aus der Sicht der Betroffenen, wo sich die Vertreter der Verbände der Grundstücksnutzer und der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer äußerten, dann die europäischen Vorgaben für die Abwasserentsorgung in den nächsten Jahren, drittens die Ausführungen der Landesregierung sowie die Diskussion mit den Mitgliedern, der im Landtag

vertretenen Parteien. Besonders möchte ich aber die Beiträge, die sich mit dem Komplex „Problemlösungen durch Kooperation“ befassten, hervorheben.

Wurden denn Lösungen dargelegt?

Ja, Lösungen, die auf die jeweiligen Orte und Vorhaben spezifiziert waren. So hat der Bürgermeister von Hennigsdorf sehr deutlich gemacht, wie trotz schwieriger Situation kooperative Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und umgesetzt werden können. Zum Wohle der Bürger. Beispielhaft auch die Informationen in diesem Zusammenhang zu den Projekten Klärwerk

Wansdorf und dem Vorhaben ZEWS im Bereich Königswusterhausen.

Und was sagte die Politik zur Abwasserproblematik?

Leider nicht so konkret und klar, wie man es hätte erwarten können. Vor allem, wenn man bedenkt, daß die Landespolitik wie auch die Kommunalpolitik erhebliche Aktien am Entstehen dieser Problematik hat. Fachleute aus der Wasserwirtschaft haben seinerzeit gewarnt und auch Empfehlungen gegeben....

...die aber nicht beachtet wurden

Entgegen den Empfehlungen der Fachleute. Auch in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung zum Trinkwasser und zum Abwasser ist von einem erklärten politischen Willen zur Lösung bzw. von konkreten Maßnahmen nichts herauszulesen. Offensichtlich gibt es zwischen den Koalitionspartnern noch keine konkreten Absprachen über zu ergreifende Maßnahmen. Kein Wunder, dass die Ausführungen des zuständigen Staatssekretärs bei den Teilnehmern recht kritisch aufgenommen wurden. Dies trifft übrigens auch auf die Diskussion mit den im Landtag vertretenen Parteien zu.

Und wie soll es nun – aus Ihrer Sicht – weitergehen?

Die gewaltige finanzielle Dimension des Verschuldungsgrades läßt keinen Spielraum für kurzfristige Lösungen zu. Zunächst muss auf verstärkte Kooperation gesetzt werden. Inwieweit hier der Gesetzgeber mit mehr Nachdruck agieren kann, muss im politischen Raum diskutiert werden. Wir erkennen an, dass die Landesregierung zwischenzeitlich mit der rechtlichen Stabilisierung der Verbände, dem Schuldenmanagement usw. schon aktiv geworden ist. Doch das alles reicht nicht, insbesondere was die finanzielle Situation betrifft. Es müssen jetzt ernsthafte politische Entscheidungen fallen zur Schaffung sinnvoller und betriebswirtschaftlicher effizienter Aufgabenträger-Strukturen. Wir sind bereit, hier die Politik auch in fachlicher Hinsicht zu unterstützen...

...und die ersten Ergebnisse beim Abwassertag 2000 zu verkünden?

Wir sind keine Utopisten. Doch geschehen muss bald etwas. Nur der Dialog mit allen Beteiligten hilft weiter. Entscheidungen vom „grünen Tisch“ aus sind nicht gefragt und wenig hilfreich.

Die 99er Veranstaltung am 20. Dezember zeigte, dass das Interesse an dieser Thematik ungebrochen ist...

Das kann man wohl sagen. Zum dritten Mal trafen wir uns, mehr als zweihundert Teilnehmer waren dabei. Mit der Resonanz können wir mehr als zufrieden sein. Die lebhaften Diskussionen, die oft sehr emotional geführt wurden, zeigen deutlich die weiter bestehende Brisanz in

Grundwasser für uns und unsere Kindeskinde

Eine Information der Arbeitsgemeinschaft Wasser für Wasserversorgungsunternehmen

Wasser ist eine nur begrenzt verfügbare Ressource. Deshalb müssen die jetzt lebenden Menschen neben ihren eigenen Bedürfnissen auch die Lebensgrundlagen künftiger Generationen sichern.

In unserer Region stellt das Grundwasser die fast ausschließliche Quelle zur Sicherung der Trinkwasserversorgung dar. Diese Ressource gilt es daher im Interesse der Verbraucher zu pflegen und zu erhalten.

Grundwasserunreinigungen werden meist zu spät erkannt und zudem in ihren Auswirkungen unterschätzt. Eine Sanierung kann Jahrzehnte dauern und immense Kosten verursachen. In einer zweiten Ausgabe der Informationsbroschüre der AG Wasser wird eine detaillierte Ausarbeitung zur Grundwasserüberwachung vorgestellt. Diese Information will die zuständigen Versorgungsunternehmen zu Fragen einer fachgerechten Grundwasserüberwachung beraten.

Die jeweiligen Wasserversorgungsunternehmen sind verpflichtet, ihr Trinkwasser gemäß der Trinkwasserverordnung abzugeben.

Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für den Grundwasserschutz sind die Wasserbehörden des Landes. Sie können Wasserschutzgebiete festlegen. Neben dem staatlichen Überwachungsnetz kann auch dem jeweiligen Versorger die Überwachung im Vorfeld der Brunnen übertragen werden. Nach dem Brandenburgischen Wassergesetz (§62, Abs.2) sind die Versorgungsunternehmen zur Selbstüberwachung verpflichtet. Sollten sich Einflüsse und Handlungen negativ auf das Grundwasser auswirken bzw. bereits ausgewirkt haben, gilt hier das Verursacherprinzip.

Gesetzliche Regelungen allein können gemeinschaftliches Handeln nicht ersetzen. Nur von allen Beteiligten getragene Überwachungsmaßnahmen bewirken einen langfristig effektiven Grundwasserschutz.



Ziele und Aufgaben

Die Grundwasserüberwachung hat das Ziel, Informationen zu Menge und Güte des Grundwassers zu erhalten. Trends und Veränderungen können erkannt werden, auf die die Versorgungsunternehmen angemessen reagieren können. Die auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmte Überwachung bildet auch die Basis für den Aufbau eines umfassenden

Ressourcen-Managementsystems. Das sind die wichtigsten Aufgaben der Überwachung:

- Information über Art und Umfang bereits eingetretener Verunreinigungen und über langwirkende Veränderungen (Trends);
- Rechtzeitige Warnung des Versorgungsunternehmens vor potenziellen Grundwassergefährdungen;
- Wirksamkeit von Nutzungsbeschränkungen und -verboten in Schutzgebietsverordnungen;
- Erkennen ökologischer Schäden im Einzugsgebiet als Folge der Nutzung des Grundwasserdargebotes;
- Auswirkungen der eigenen Grundwasserbewirtschaftung bzw. Einflussnahme Dritter auf das Grundwasser;
- Kontrolle des Alterungszustandes der Betriebsbrunnen;
- Optimierung der eigenen Bewirtschaftung nach betrieblichen Gesichtspunkten;
- Gewinnung von Daten für wasserrechtliche Verfahren.

Umfang und Inhalt

Die Maßnahmen richten sich nach geologischen und hydrogeologischen Bedingungen sowie nach der vom Menschen geschaffenen bzw. beeinflussten Nutzung und einer eventuell damit verbundenen Gefährdung. Andererseits ist bei der Konzeption der Maßnahmen die Größe des Eingriffs zu berücksichtigen. Wichtig: Alle im Grundwasser ablaufenden qualitativen und quantitativen Prozesse haben Langzeitcharakter.

Überwachungsmaßnahmen können von den Beteiligten nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn sie der Problemstellung angepasst sind. Zielvorgaben sollten daher in Zeitabständen verifiziert werden.

Die wichtigste Frage: Was soll für wen für welchen Zweck an welchem Ort wann in welcher Form wie gemessen, gespeichert, ausgewertet und dargestellt werden? Der Aufwand für Personal, Geräteausrüstung und Raumbedarf richtet sich nach einem zu erarbeitenden Maßnahmenkatalog.

Tauchgang im Roten Meer

Wer dem Schmuddelwetter entfliehen will, der wird es nicht bereuen, knapp fünf Stunden im Flieger an die Strände Ägyptens zu düsen. Besonders die Welt des Roten Meeres dürfte jeden Neankömmling faszinieren. Hier gedeiht nicht nur üppiges Leben, sie garantiert Wassersportlern auch das ganze Jahr unvergessliche Aben-

nem Bekanntschaft schließen. Wer sich auf Tauchgang begibt, kann selbst mit Schnorchel schon 20 Meter in die Tiefe tauchen. Profis mit geschulterten Sauerstoffflaschen zieht es wesentlich weiter nach unten. Vor allem die Sinai-Spitze um Scharm el-Schech sowie das Tauchrevier Ras Mohammed im Naturschutzreservat



Kein Kuscheltier für Taucher – eine Muräne

teuer. Denn, wer Weihnachten oder Ostern im Roten Meer bei 22 Grad Wassertemperatur herrliche Korallenriffe mit Tausenden farbenfroher Fische erlebt hat, der wird daran später wehmütig zurückdenken. Der aufmerksame Beobachter erspäht gar Fischschwärme vom Ufer aus, wenn das Licht im niedrigen Winkel ins Wasser fällt. Unterhalb der Wasseroberfläche sind 20, 30 Meter Sichtweite ganz selbstverständlich. Gewöhnungsbedürftig ist aber der ständige Kontakt mit den Lebewesen, die einzeln oder in Schwärmen mit ei-

finden viel Zuspruch. Wer es etwas einsamer mag, den werden sicher die Tauchreviere um Quesier begeistern. Rund 145 Kilometer von der absoluten Touristenmetropole Hurghada in südlicher Richtung gelegen. Doch auch vor der Küste Hurghadas selbst gibt es unzählige Korallenriffe, die phantastisch anzuschauen sind. Besonders die Insel Giftun zieht Hobbytaucher in ihren Bann. Übrigens: Wem Tauchen zu anstrengend ist, der kann mit dem Tauchboot „Sindbad“ die Unterwasserwelt live erleben und dazu ganz trocken ...

BÜCHERECKE

Rund um Schweden

Für passionierte Segler ein Muss, für den Freizeitkapitän nützlich: „Rund Schweden“. Der Klassiker aus dem Delius Klasing Verlag kommt mit neuen Routen und Häfen, zeigt kürzere Wege nach Stockholm über Södertälje, beschreibt Häfen im Schärengbiet von Karlskrona und auf Gotland, die bisher als militärische Schutzgebiete für ausländische Segler nicht zugänglich waren. Die Autoren waren

für dieses übersichtliche Buch einen ganzen Sommer in den Gewässern unter-



**Rund Schweden
Südküste & Ostküste
312 Seiten, 41 Farbfotos
177 Pläne, 64 Zeichnungen
ISBN 3-7688-0728-2
49,80 DM**

GELD-TIPP

Mit Wasserfonds auf Renditejagd

„Aktien“ ist heutzutage das Zauberwort bei der Geldanlage. Immer mehr Deutsche investieren nicht direkt in einzelne Wertpapiere, sondern in Fonds. Die haben den Vorteil, dass sie das Risiko breiter streuen und von Experten gemanagt oft überdurchschnittliche Erträge erreichen. In der Vergangenheit waren es besonders Branchenfonds aus den boomenden Bereichen wie Telekommunikation oder Internet, die den Anlegern viel Freude bereitet haben. Jüngster Spross unter den Branchenfonds ist nun ein Wasserfonds. Bei ihm geht es nicht, wie man vermuten könnte, um Mineralwasserabfüller, sondern tatsächlich um Trinkwasserver- und Abwasserentsorger. Der Fonds Pictet Global Sector Fund – Water (WKN: 933 349) will von den Unternehmen profitieren, die sich mit der im Aufbruch befindlichen Branche beschäftigen. Besonders in den sich entwickelnden Ländern wird mit hohen Zuwachsraten gerechnet. Zum Beispiel lebt rund die Hälfte der Weltbevölkerung von Wasser zweifelhafter Herkunft. Hier setzen die Experten des Pictet an und wollen an möglichen Entwicklungen partizipieren. Der Start dieses recht ungewöhnlichen Branchenfonds ist voraussichtlich am 28. März.

AUFKLÄRUNG

Zapfenstreich – Ende des Biergenusses

Jeder weiß wohl, dass der Zapfenstreich die Nachtruhe einleitet. Wer aber kennt die Vorgeschichte? Im Mit-



telalter wurde der Ausschankschluss nicht dem Zufall überlassen. Vielmehr ging zur vorgegebenen Zeit ein Beauftragter des Rates herum und zeichnete einen Strich auf den Zapfhahn. Von da ab durfte kein Bier mehr ausgeschenkt werden. Dieses Prozedere leitete in Berlin erstmals 1577 ein Trommler ein. Aus dem Zapfhahnstrich wurde im Laufe der Zeit der Zapfenstreich.

PREIS-RÄTSEL



Wissen und Fortuna gefragt

1. In welchem Bundesland wurde ein digitales Wasserbuch eingeführt?
2. Mit welchem Thema befasst sich die neue Förderrichtlinie, die seit 1. März 2000 in Kraft ist?
3. Wie heißen die oben dargestellten Frühlingsboten?

Die Preise

- | | |
|-----------|--------|
| 1. Preis: | 125 DM |
| 2. Preis: | 75 DM |
| 3. Preis: | 50 DM |

Die Gewinner

des Preisausschreibens in der Ausgabe 4/99, mit den richtigen Lösungen: Perleberg, 70 DM, rund 950, wurden per Los ermittelt.

Die Lösung schicken Sie (per Postkarte) an die Spree-Presse- und PR-Büro GmbH, Redaktion „Wasser Zeitung“, Spreeufer 6, 10178 Berlin.
Einsendeschluss: 15.04.2000

Hans Springer, Züllsdorf
Helga Kaufmann, Ludwigsfelde
Helmut Glaubitz, Elsterwerda
Herzlichen Glückwunsch!

INTERNET NEWS

Stadtwerke drängen ins Web

Längst ist auch für kleinere Unternehmen die Repräsentanz im Internet ein wichtiger Aspekt der Marketingstrategie. Immer mehr Unternehmen auch aus dem Land Brandenburg treiben den damit verbundenen Aufwand, um für ihre Kunden jederzeit erreichbar zu sein bzw. fundiert Informationen anzubieten. Anfang März haben einige Stadtwerke im Land Brandenburg die Gemeinschaft der über Internet zugänglichen Unternehmen erweitert. Unter der Adresse www.stadtwerke-land-brandenburg.de sind sie zu finden. Die Idee für dieses

Projekt stammt von der Berliner Agentur Spree-PR, die ja auch für die Redaktion der Wasser Zeitung verantwortlich zeichnet.

Sinn ist es, auch kleineren Unternehmen eine auf moderne Technik ausgerichtete Kommunikation zu ermöglichen. Auf der anderen Seite sollen mittelfristig auch die Kunden durch interaktiven Datenaustausch, beispielsweise bei den diversen Anträgen und Abrechnungen, Vorteile ziehen können. Einen wichtigen haben sie bereits jetzt: der 24-Stunden-Service für das Einholen von Informationen.



IMPRESSUM

Herausgeber: Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG Cottbus; Frankfurter Wasser- und Abwasser-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Oder; Trink- und Abwasserverbände Elsterwerda, Herzberg, Guben, Perleberg und Rathenow; Dahme-Nuthe Wasser, Abwasser-Betriebs GmbH Königs Wusterhausen und Wasserverband Lausitz WAL Senftenberg; Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming

Redaktion und Verlag: Spree-Presse- und PR-Büro GmbH Berlin, Spreeufer 6, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 74 68-0 • Fax: (030) 2 42 51 04;

Redaktion: K.-Uwe Barthel (V.i.S.d.P.), Carmen Bossenz, Joachim Eckert, Eckbert Sass, Conrad Tenner

Fotos: K.-Uwe Barthel, Eckbert Sass, Dietmar Seidel, C.Tenner, Archiv

Satz und Gestaltung: Spree-Design-Service Grit Schulz

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus

FRANKFURTER WASSER ZEITUNG

Herausgeber: Frankfurter Wasser- und Abwasser GmbH sowie Wasser- und Abwasserbetriebe und Zweckverbände in Cottbus, Elsterwerda, Guben, Herzberg, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Perleberg, Rathenow und Senftenberg

Staatssekretär Schmitz-Jersch im Gespräch
Seite 2



Ein Blick auf Frankfurts Wasserversorger
Seiten 4/5



Faszinierender Tauchgang im Roten Meer
Seite 7



Vorhaben der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA):

Mit reduzierten Invest-Mitteln die Anforderungen auch 2000 erfüllen

Auch im Jahr 2000 wird sich an der Prämisse der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA), mit Investitionsmitteln sparsam umzugehen, nichts ändern. Dabei schraubt man die Hoffnungen auf Fördermittel noch weiter nach unten. Sehr wahrscheinlich wird vom Landeshaushalt kein Geld nach Frankfurt fließen.

Insgesamt 9,3 Millionen DM (ohne Fortführungsmaßnahmen aus Investplan 1999) sind für Investitionen vorgesehen. Rund 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Den Hauptteil mit 5,2 Millionen Mark verbraucht der Trinkwasserbereich. Nicht weniger als elf Rohrnetzauswechslungen im Stadtgebiet Frankfurt und eine im Ortsteil Markendorf am Klinikum sind 2000 geplant. Auch in Biegen und Sieversdorf wird man am Rohrnetz arbeiten, um die Trinkwasserqualität überall zu sichern oder zu verbessern und zugleich Probleme mit dem Wasserdruck bei der Einspeisung zu beheben. In das Planungsstadium tritt man bei der Vorbereitung der Trinkwasserversorgung Müllrose, OT Kaisermühl.



Wer errät bei diesem Anblick schon, dass es sich um Schönungssteiche der Kläranlage handelt?

Steuerung und Spannungsumstellung auf 20 kV sind die Schlagworte im Investplan 2000 unter der Rubrik Wasserwerk Briesen.

Größtes Objekt der gut 2,5 Millionen DM für Sanierung der Entwässerungsleitungen wird im Einzugsbereich Große Müllroser Straße ein unterirdi-

ches Speicherbecken mit einer Kapazität von etwa 800 m³ werden und das daran gekoppelte so genannte Abwurfbauwerk. Dieses trennt bei starken Regen Schmutz- und Regenwasser und entlastet so die Kläranlage.

Als Vorbereitung auf die Entwicklung des südöstlichen Stadtzentrums wer-

den mit dem geplanten Deich- und Straßenbau parallel zur Fischerstraße Schmutzwasserleitungen verlegt.

Vorrangiges Ziel der vorgesehenen weiteren Maßnahmen ist die Erhöhung der Entsorgungssicherheit und schließt die Sanierung von Kanalleitungen ein.

KURZ & KNAPP

FRANKFURT (ODER)

Neuer Service – FWZ als Kundenzeitung

Die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA) wird beginnend mit dieser Ausgabe mit einem Informationsprojekt – die „Frankfurter Wasser Zeitung“ – über 30.000 Haushalte und zudem Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen im Ver- und Entsorgungsgebiet quartalsweise aus erster Hand informieren.

Gleichzeitig verstehen wir diese Zeitung auch als „Runden Tisch“ für Gespräche und Kontakte. Wir freuen uns auf Ihre Hinweise und Meinungen und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit. Geschäftsführer Betriebsrat

Erneut Bauarbeiten am Bruno-Peters-Berg

Häufige Rohrbrüche im Gebiet Bruno-Peters-Berg machen eine Auswechslung der dortigen Trinkwasserleitung dringen notwendig. Leider konnten trotz Bemühungen seitens der FWA die Arbeiten, die bis Mitte Mai andauern werden, nicht bereits beim Bau der Tiefgarage mit ausgeführt werden. Für die bereits jetzt absehbare komplizierte Situation für alle Anwohner bittet die FWA um Verständnis.

FRANKFURTER SPLITTER Lenné-Passage kurz vor der Eröffnung

Am 31. März erhält Frankfurt eine neue Einkaufsadresse – die Lenné-Passage. Für jeden Geschmack und Geldbeutel wird dort Einkaufen möglich werden. In der Passage werden nicht nur Einzelhandelsgeschäfte, sondern auch Deutsche Bank und die Stadtwerke ihre Dienstleistungen anbieten. Der 150-Millionen-Bau der Otremba-Unternehmensgruppe dürfte aber nicht nur Einkaufsfreuden auslösen. Nicht auszuschließen ist, besonders in den ersten Tagen, „dicker Verkehr“ in unmittelbarer Umgebung.



FWA auch in diesem Jahr auf Baumesse dabei

BAUEN 2000 ist der Titel der Messe für Bau, Haus und Wohnung, die vom 23. bis 26. März 2000 in der neuen Frankfurter Messehalle stattfinden wird.

Mit eigenem Stand (Nr. 316) vertreten ist auch die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH (FWA). Die Stand-Mitarbeiter beraten die Besucher u. a. zu den Themen Anschlüsse für Trink- und Abwasser, Besonderheiten bei der Hausinstallation oder zum Einbau zusätzlicher Messeinrichtungen. Natürlich wer-



den auch Fragen zum allgemeinen Abrechnungsmodus, oder den Kosten für die Versorgung mit Trinkwasser während der Bauzeit ausführlich be-

antwortet. Die FWA-Mitarbeiter freuen sich auf Ihren Besuch.

Öffnungszeiten: 10.00 bis 18.00 Uhr, am 23.03. 14.00 bis 19.00 Uhr.